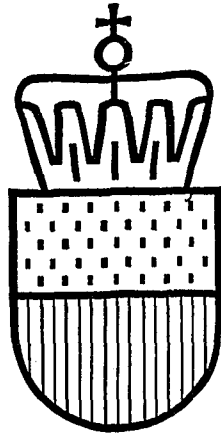


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 6.—, Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbachstrasse 99, Telefon 075 219 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 12 Rp. 30 Rp.
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 21937. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ — Vaduz, Mittwoch, 20. Oktober 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

99. Jahrgang — Nr. 157

Berglandplanung ohne Zeitungspolemik

In unserer gestrigen Ausgabe publizierten wir eine Erklärung der Gemeinde Triesen, worin es u. a. heisst, dass eine allfällige Zeitungspolemik in Sachen Berglandplanung «dieser Sache eher zum Schaden, als von Nutzen sein wird.» Wir möchten diese Erklärung, namentlich die Feststellung, dass eine Zeitungspolemik für die Berglandplanung nicht unbedingt von Nutzen sein wird, in jeder Hinsicht unterstützen. In der Tat weisen verschiedene Äusserungen im «Liechtensteiner Vaterland» vom letzten Samstag auf die Äusserungen des Abgeordneten Kindle hin. Unter dem Titel «So geht's nicht», wirft uns das «Vaterland» vor, wir gäben nur dem Für, nicht aber dem Wider «aufgeschlossenen Raum» und hätten die Einwände des Abgeordneten Samuel Kindle als unverständliche Angriffe eines Abgeordneten abgetan. Im übrigen klingt der Artikel im «Vaterland» so, als hätten wir die Äusserungen des Abgeordneten Kindle deshalb als unverständlich bezeichnet, weil wir gegen eine freie Meinungsäusserung im Landtag überhaupt seien. - Hat man diesen Beitrag gelesen, so versteht man die Erklärung der Gemeinde Triesen und ihre Feststellung, dass Zeitungspolemiken der Sache eher abträglich seien, denn:

Erstens haben wir, abgesehen von der Feststellung, dass uns seine Angriffe unverständlich seien, den Ausführungen des Abgeordneten Samuel Kindle keinen eigenen Kommentar hinzugefügt, sondern diese wortwörtlich veröffent-

licht. Nachdem uns das Manuskript aus verschiedenen Gründen erst im Laufe des Mittwochvormittag zugegangen ist, konnten wir über die Gestaltung nicht mehr frei verfügen. Trotzdem publizierten wir die Einwände des Abgeordneten Samuel Kindle auf der ersten Seite und wiesen in unserer Einleitung zum Landtagsbericht ausdrücklich darauf hin. Der einleitende Brief der Gemeinde Triesen an die Fürstliche Regierung, auf den die Ausführungen des Abgeordneten Samuel Kindle aufgebaut waren, wurde uns leider nicht übergeben, so dass wir auf seine Publikation verzichten mussten. Wir haben im Titel zur Stellungnahme des Abgeordneten Kindle vermerkt, dass uns die Angriffe «unverständlich» seien. Unverständlich nicht deswegen, weil sie gemacht wurden, sondern unverständlich (oder schwerverständlich) vom Inhalt her: Der Abgeordnete Samuel Kindle bejaht die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes bedingungslos. Dann nennt er die Gesetzesvorlage eine «Zuständigkeitsanmassung» der Regierung. Hier hat sich der Abgeordnete zumindest im Ausdruck vergriffen. Eine Gesetzesvorlage, die ja als Vorschlag aufzufassen ist, kann man kaum als «Anmassung» bezeichnen. Im weiteren wirft der Abgeordnete Samuel Kindle vor, die Regierung verletze mit dem Gesetzesvorschlag die Eigentumsgarantie, um gleichzeitig vorzuschlagen, man sollte die vom

Gesetze gewährten Kompetenzen den Gemeinden übertragen. Nun sind wir aber der Auffassung, dass es sich gleich bleibt, ob Regierung oder Gemeinden die Eigentumsgarantie verletzen, sofern diese überhaupt verletzt wird. - Betrachtet man diese Widersprüche in den Ausführungen des Abgeordneten Samuel Kindle genauer, so muss man doch zur Auffassung kommen, dass sie zumindest schwer verständlich sind. - Mehr haben wir ja auch nicht festgestellt. Über ihren sonstigen sachlichen Gehalt werden die zuständigen Fachleute befinden müssen. Wir massen uns in diesem Punkt keine Stellungnahme an. Es lag und es liegt uns fern, einen Abgeordneten etwa deswegen zu kritisieren, weil er seiner eigenen Meinung zu einer Sache Ausdruck gibt. Wir können es nur bedauern, wenn das «Liechtensteiner Vaterland» eine kritische Bemerkung unsererseits zum Anlass nimmt, um uns schlechten Willen vorzuwerfen. Mit mehr Berechtigung könnten wir das «Liechtensteiner Vaterland» fragen, weshalb es die Ausführungen des VU-Abgeordneten Dr. Alois Vogt mit einigen kurzen Sätzen «abgetan» habe, wo sie doch wesentliches zum Votum des Abgeordneten Samuel Kindle enthielten! - So geht es aber wirklich nicht. Tatsächlich geht es um die Sache selbst, die ein Anliegen des ganzen Volkes ist. In diesem Sinne können wir die ausdrückliche Warnung der Gemeinde Triesen vor einer Zeitungspolemik in Sachen Berglandplanung nur unterstützen.

Sind die Würfel bereits gefallen?

Gerüchte um das geplante thermische Kraftwerk wbr. Gutunterrichtete Kreise in St. Gallen wollen wissen, dass die Nordostschweizerischen Kraftwerke ihr thermisches Kraftwerkprojekt in Rüthi fallen gelassen hätten. Man nimmt an, dass der Entscheid schon vor einiger Zeit fiel; aus gewissen Gründen wolle man jedoch mit der Veröffentlichung noch zuwarten. Die gleiche Quelle will weiter wissen, dass es nicht der Widerstand der Bevölkerung gewesen sei, der die Nordostschweizerischen Kraftwerke veranlasst habe, auf den Bau zu verzichten, sondern wirtschaftliche Überlegungen. Nachdem die Entwicklung der Kernkraftwerke in jüngster Zeit weiter vorangeschritten sei, wäre der Millionenaufwand für das Thermokraftwerk in Rüthi eine Fehlinvestition. Da sich im Rheintal Pro- und Kontraktomitee wegen des thermischen Kraftwerkes in den Haaren liegen, wäre es zu begrüssen, wenn die Nordostschweizerischen Kraftwerke die Karten aufdecken und Ja oder Nein sagen würden.

bereits ausgesprochen: Es kann alles beim alten bewenden lassen und seine heutige Stellung beibehalten. Dann würde es ihm sicher ebenso ergehen wie heute, und als Anziehungspunkt würde es eher noch gewinnen. Aber gleichzeitig würde es in die Rolle eines kleinen Parasiten gedrängt, der von den Gütern einer Gemeinschaft zehrt, ohne freilich dafür etwas zu opfern. Als Beispiel soll das Militär dienen: Bisher stellte jedes Land Europas eine Armee auf, um sich gegen irgendeinen Feind zu verteidigen zu können, wobei als möglicher Gegner nicht mehr oder weniger guten Gründen auch jeder Nachbar in Frage kam. Ein geeintes Europa aber würde auch militärisch zu einer Einheit werden, die ihre Interessen gegen einen ausser-, allenfalls osteuropäischen Gegner wahrzunehmen hätte, womit nun allen, auch den Liechtensteinern, zumindest moralische Verpflichtungen erwachsen. Diese zu erfüllen hiesse aber nichts anderes als, und damit kommen wir zur zweiten Möglichkeit Liechtensteins, sich ebenfalls unter die supranationale, europäische Autorität zu stellen; im konkreten Fall des Militärs also auch seine jungen Bürger im Rahmen einer europäischen Armeeorganisation zur Verfügung zu stellen. Noch deutlicher: In einem Angriff auf Europa würden vielleicht Liechtensteiner an der Adria, in der Bretagne, an der Ostsee oder am Schwarzen Meer kämpfen - in der Tat eine sehr ungewohnte und nicht sehr verlockende Aussicht! Nun, das ist alles sehr utopisch, die Zukunft ist uns ein Buch mit sieben Siegeln. Niemand kann voraussehen, wie weit und ob überhaupt ein Zusammenschluss Europas zustande kommt, welche Kompetenzen einer gesamteuropäischen

Europäische Einigung und Liechtenstein

Gedanken zur Stellung unseres Landes im Rahmen der europäischen Einheitsbestrebungen

Zusammenschluss Europas! Dieses Schlagwort hat etwas Faszinierendes: Die seit jeher immer wieder entzweiten Länder, die sich noch vor 20 Jahren im schrecklichsten Vernichtungskrieg zerfleischten, sollen, wenn auch nicht ein Herz und eine Seele, so doch ein Körper werden. Der Wunsch ist verständlich, die Forderung vernünftig, denn es würde verschiedenes gewonnen durch ein geeintes Europa: Die Möglichkeit eines internen Krieges würde äusserst gering; die Möglichkeit eines Angriffes aus dem Osten auf Europa - das hier immer ohne den Sowjetblock zu verstehen ist, jedenfalls heute noch - würde ebenfalls verringert, da ein geeintes Europa militärisch weit wirksamer und unabhängiger wäre, als es die heutigen nationalen Armeen, trotz NATO, sind; die Wirtschaft könnte leistungs- und damit konkurrenzfähiger werden durch bessere Koordination, was immer wichtiger wird angesichts des zunehmenden Wettbewerbs auf dem Weltmarkt. Die ersten Schritte sind bereits zurückgelegt durch die Gründung verschiedener Organisationen, die meisten noch wirtschaftlicher Natur (NATO, Europarat, Montanunion, EWG, WEU, Euratom, EFTA, um nur die wichtigsten zu nennen). Diese Anfänge sind ermutigend, doch waren sie verhältnismässig leicht, da sie den Kern nicht berührten, die Souveränität der Nationalstaaten. Denn nun erhebt sich die Frage, in welcher Form Europa zusammengeschlossen werden soll. Die Diskussion ist heftig, doch sind sich bisher alle Länder erst darin einig, dass eine Integration eine Forderung der Zeit ist und stattfinden muss. Die Vorschläge reichen von der losesten Zusammenarbeit selbständiger Staaten über eine Konföderation, ähnlich der Schweiz, bis zum «nationalen» Europa mit europäischen Bürgern nach dem Vorbild der USA. Und Liechtenstein? Es nimmt eine eigene Stellung ein in Europa und der heutigen Welt überhaupt. Von Napoleon als souverän erklärt und durch Fürst Johann I. als einziges ehemals deutsches Fürstentum aus dem Wiener Kongress gerettet, lehnte es sich erst an Österreich, danach an die neutrale Schweiz an, von deren Rekruten wohl der eine oder andere seine Altersgenossen über dem Rhein beneiden mag. Denn man hat sich völlig richtig bereits vor fast hundert Jahren gesagt, dass Liechtenstein besser

fahre ohne eine Armee; heute wäre eine solche das Lächerlichste der Welt, gleichzeitig aber erspart sich Liechtenstein damit den für andere Länder meist fettesten und unerquicklichsten Ausgabeposten des Staatsbudgets. Auch sonst steht Liechtenstein gut, dank der glücklichen Umschiffung des Zweiten Weltkrieges im Schatten der Schweiz, dank fortgeschrittener Industrialisierung, Hochkonjunktur, und nicht zuletzt dank seiner, eine gelungene Verbindung von Monarchie und Demokratie darstellenden Staatsform. Trotz der engen Verbundenheit mit der Schweiz durch den Zollvertrag, das Post- und Geldwesen und den wirtschaftlichen und kulturellen Verkehr hat Liechtenstein durchaus seine Souveränität und Eigenständigkeit beibehalten, was allein schon durch einen Fürsten als Staatsoberhaupt manifestiert wird. Liechtenstein kann seiner bescheidenen Grösse wegen sozusagen unbekümmert um das grosse Weltgeschehen seine Kräfte den inneren Aufgaben und den Beziehungen zu den Nachbarn, Österreich und der Schweiz, widmen. Kaum ein Land kann so ohne Druck von aussen leben. Andererseits ist es aber mehr noch als die übrigen

Länder Europas mit seinen Nachbarn und im grossen mit Europa in eine Schicksalsgemeinschaft eingewoben, in der es selber die Initiative zu ergreifen nie in der Lage sein wird. Eine solche Schicksalsgemeinschaft ist bei den heutigen Ausmassen eines möglichen Krieges, der mit Atomwaffen geführt werden kann und in dem Europa kaum mehr in Splitter zerfallen würde, sondern notgedrungen einen Block bilden müsste, eine unangenehme Sache, deren Wirklichkeit aber nicht abzuleugnen ist und nicht übersehen werden darf. Das Sprichwort «mitgefangen, mitgegangen» erhält für Liechtenstein in der Zukunft eine verzwickte Aktualität. Was geschieht also mit Liechtenstein in einem vereinten Europa? Vielmehr: was unternimmt Liechtenstein bei einem Zusammenschluss Europas? Denn eines ist klar, dass Liechtenstein als selbständiger Staat völlig Herr seines Handelns bleibt und somit frei entscheiden kann, wie weit es eine Integration überhaupt mitmachen will. Damit ist die erste Möglichkeit

notiert und kommentiert...

Sudan - Das alte Lied
Immer wieder in der Geschichte - von den alten Pharaonen bis zum letzten König der Ägypter, Faruk unseligen Angedenkens - ist von den Anwohnern des unteren Nils versucht worden, dem Laufe des Nils zu folgen und die oberen Teile des Niltales zu unterwerfen. Während diese Herrschaft des öfteren und für längere Zeit bis zur Stadt Chartum aufrechterhalten werden konnte, waren diese Versuche von jenem Punkte an, wo sich der Nil in die beiden Oberläufe des Blauen Nils und des Weissen Nils gabelt, nie erfolgreich geblieben. Dieser Umstand kommt heute nicht zuletzt auch in der Tatsache zum Ausdruck, dass die heutige Republik Sudan in ihrer südlichen Hälfte hauptsächlich von Schwarzen bevölkert ist, während die nördliche Hälfte vorwiegend von Arabern (und arabisch-negroiden Mischlingen) besiedelt ist. Die Beziehungen zwischen den Arabern und den Schwarzen aber blieben von Alters her schlecht. Nicht zuletzt, weil während vielen Jahrhunderten die Araber den Süden des Su-

dans als ein unerschöpfliches Reservoir für ihren ausgedehnten Sklavenhandel betrachtet haben und periodisch bewaffnete Züge in diesen Teil Afrikas unternommen haben, um ihre Bestände an «Menschenmaterial» für diesen kommerziellen Zweck wieder aufzufüllen. «Allah lachte, als er den Sudan schuf», ist ein altes arabisches Sprichwort. Es wird in diesem Teil der Welt, der vielleicht einer der ärmsten und primitivsten ist, welcher noch anzutreffen ist, nur verständlich, wenn Allah an den Marktwert der kräftigen und wohlgebauten schwarzen Rasse gedacht haben sollte, die sich hier seinen Gläubigen als Beutepreis darbot. Abgesehen davon gibt es im Sudan weder für Allah noch für die Araber irgend etwas zu lachen! Im gegenwärtigen Augenblick muss auch das mutwilligste Lachen verstummen; denn der Süden des Sudan ist wieder einmal in hellem Aufbruch. Die Schwarzen haben sich einmal mehr gegen ihre arabischen Beherrscher aus dem nördlichen Sudan erhoben. Die Stadt Juba ist für längere Zeit in die Hände der Rebellen gefallen. Rund 15 000 Mann der etwa 20 000 Mann starken regulären Armee der Republik Sudan sind seit vielen Wochen damit beschäftigt, die

Rebellion des Südens zu unterdrücken. Der einzige Erfolg der sudanesischen Armee scheint aber bis jetzt gewesen zu sein, dass die Rebellion sich zu einem eigentlichen Bürgerkrieg auswächst, in welchem es nicht mehr um die «Rechte des Südens» geht, sondern um die Los-trennung und die Bildung eines neuen, ausschliesslich schwarzen Staates unter dem Namen «Azania». Wenn dieser Rebellion mehr als nur lokale Bedeutung zukommt, so deshalb, weil es sich um einen eigentlichen Rassenkrieg handelt, in welchem die Schwarzen Afrikas sich gegen die Araber wenden. Zum ersten Mal seit dem politischen Rückzug der Weissen auf dem afrikanischen Kontinent, wird eine neue Frontlinie sichtbar, welche die künstlich aufgezo-gene «afrikanische Einheit» an ihren ethnischen Nahtstellen zu sprengen droht. Das einigende Band der Frontstellung gegen den «Imperialismus» und den «Kolonialismus» hätte somit keine zehn Jahre das Abtreten der weissen Vorherrschaft überdauert, und die durch diese Vorherrschaft knapp im Zaume gehaltenen antagonistischen Elemente des schwarzen Kontinents prallen bereits ungehindert aufeinander! Luzius